



Nr. 47

Juni 2022

Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung

TOP-Thema: Diagnose Diskriminierung?

Gesundheit als ein weiteres Handlungsfeld für die Berliner Antidiskriminierungspolitik

Für den Berliner Senat ist ein diskriminierungsfreies Gesundheitswesen ein wichtiges Ziel. So nimmt auch die LADS die Diskriminierung im Gesundheitswesen verstärkt in den Blick. Die LADS hat vor Beginn der Corona-Pandemie im Jahr 2019 eine repräsentative Umfrage zu Diskriminierung in Berlin in Auftrag gegeben. Von den Personen, die von Diskriminierung betroffen sind, gaben 10 % an, dass sie im Gesundheitswesen benachteiligt wurden. Das ist recht viel. Zum Vergleich: 11 % sagten, dass sie im Bereich Internet/Social Media benachteiligt wurden, 12% im Bereich Wohnungswesen.

Betroffene berichten, dass für sie oft bereits der Zugang zur Gesundheitsversorgung erschwert oder verhindert wird. Aber auch im Behandlungsverhältnis kommt es zu Benachteiligungen bei Diagnoseerstellung, im Therapieverlauf oder der Rehabilitation. Manche berichten, dass sie mit ihren Beschwerden, zum Beispiel Schmerzen, nicht ernst genommen werden.

Allerdings gibt es noch nicht genug Daten zu den konkreten Problemen im Gesundheitswesen. Deshalb ist es gut, dass die Bundesantidiskriminierungsstelle im Oktober 2021 eine bundesweite Studie unter dem Titel „Anlauf- und Beschwerdemöglichkeiten bei Diskriminierungserfahrungen im Gesundheitswesen“ in Auftrag gegeben hat. Die Studie soll im Herbst vorliegen. Die LADS wird diese Studie mit Blick auf Berlin auswerten. Es ist geplant, auf dieser Grundlage eine Fachstelle gegen Diskriminierung im Gesundheitswesen aufzubauen. Das wollen wir gemeinsam mit Akteur*innen aus Zivilgesellschaft und aus dem Gesundheitswesen machen.

Bisherige Initiativen

Das Thema Gesundheit ist für die LADS nicht neu. Das im Jahr 2020 geschaffene Landesantidiskriminierungsgesetz schützt auch vor Benachteiligungen aufgrund chronischer Erkrankungen. Die von der LADS geförderte Beratungsstelle der Landesvereinigung Selbsthilfe bietet Beratung in diesen Fällen (siehe auch „Akteur*innen vor Ort in diesem Infobrief“). Die LADS fördert zudem Projekte, die sich mit der Diskriminierung von LSBTI-Personen im Gesundheitswesen und mit der psychosozialen Gesundheit von LSBTI-Geflüchteten befassen.

Im Rahmen der Berliner Konsultationsprozesse der „UN Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft“ wurde wiederholt von Schwarzen Akteur*innen auf gravierende Diskriminierungen

Schwarzer Menschen und von People of Color (PoC) im Gesundheitswesen aufmerksam gemacht. Auch der Expert*innenkreis antimuslimischer Rassismus des Berliner Senats befasst sich mit Diskriminierungen im Gesundheitswesen und wird Empfehlungen abgeben. Es sind hier nur einige Initiativen und Diskriminierungsgründe beispielhaft genannt. Die Diskriminierungsgründe Behinderung, Geschlecht und geschlechtliche Identität, Alter, Gewicht und nicht zuletzt sozialer Status sind ebenso von größter Relevanz im Problemfeld.

Blickwechsel - macht Diskriminierung krank?

Antidiskriminierungsarbeit und Gesundheit haben noch eine andere Verbindung: Diskriminierung kann gesundheitliche Folgen haben. Hierzu gibt es im englischsprachigen Raum Studien. Von Diskriminierung betroffene Personen sind zwei- bis dreimal so häufig von Ängsten, Depressionen, Migräne oder Schlafstörungen betroffen. Es besteht daher ein hoher Handlungs- und auch Aus- und Fortbildungsbedarf im medizinischen und psychotherapeutischen Bereich, um eine qualifizierte gesundheitliche Beratung und Therapie von Menschen mit Diskriminierungserfahrung zu gewährleisten (siehe auch LADS im Gespräch mit Stefan Weigand).

LADS im Gespräch mit Stefan Weigand

Stefan Weigand ist Projektleiter bei der Beschwerde- und Informationsstelle Psychiatrie in Berlin (BIP). Nachfolgend berichtet er über die gesundheitlichen Folgen von Diskriminierung.

Was wir über Diskriminierung wissen... ist, dass sie strukturell verankert ist und es deshalb Aufgabe von Entscheider*innen in Politik, Verwaltung und Institutionen ist, diese Strukturen zu verändern! Diskriminierung ist kein auf individueller Ebene lösbares Problem.



Was wir über gesundheitliche Folgen von Diskriminierung wissen ist, ... dass Menschen, die Diskriminierungen erleben, öfter erkranken. Dazu zählen körperliche Krankheiten wie etwa Migräne, Asthma oder chronische Rückenschmerzen. Aber auch die psychischen Belastungen sind deutlich erhöht, etwa die Angst vor befürchteter Diskriminierung oder das Nachwirken bereits erlebter Diskriminierung. So leiden etwa Trans-Menschen fast dreimal häufiger unter Depressionen und Burnout. Zur Erklärung der höheren psychischen Belastungen diskriminierter Gruppen wurde das Konzept des „Minoritätenstress“ entwickelt. Dieser Stress besteht zum einen aus der gesellschaftlichen Diskriminierung im Allgemeinen, zum Zweiten aus der je eigenen, ganz persönlichen Erfahrung von Stigmatisierung und Gewalt sowie zum Dritten aus verinnerlichten negativen Haltungen zu der eigenen Gruppe. Zu diesen erhöhten Belastungen kommt erschwerend hinzu, dass Menschen mit Diskriminierungserfahrung häufig schlechter den Weg in die Versorgung finden. Sowohl der Zugang zum Gesundheitssystem als auch die tatsächliche Inanspruchnahme von Behandlungen sind für sie mit höheren Hürden als für die Allgemeinbevölkerung bewehrt.

Um das Gesundheitswesen hier besser aufzustellen, ist es nötig, dass ... durch Fortbildungen, Sensibilisierung und Anti-Stigma-Kampagnen (Projekte, die sich für unterschiedliche Menschen einsetzen) eine gleichheitsorientierte Grundhaltung im Gesundheitswesen breit verankert wird.

Dies bezieht sich auf die Ausbildung, Pflegepraxis und Kliniken wie auf niedergelassene Ärzt*innen. So berichten laut einer Studie etwa 40% der Trans-/Inter-Menschen, dass sie bereits Diskriminierung im Gesundheitswesen erlebt haben, zum Beispiel mit falschem Namen angesprochen wurden, ihre Körper erotisiert wurden oder ihnen gynäkologische Behandlungen verweigert wurden. Darüber hinaus bedarf es der gezielten Information der diskriminierten Gruppen durch Beratung sowie der Stärkung der Einzelnen wie auch der jeweiligen Betroffenen-Verbände. Auch muss etwa für Menschen mit Behinderungen barrierefreier Zugang zu allen medizinischen Einrichtungen geschaffen werden. Für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen braucht es gezielte Information in Leichter Sprache, für Menschen mit geringen Deutsch-Kenntnissen der Unterstützung durch qualifizierte Dolmetscher*innen. Langfristiges Ziel im Sinne der Gesundheitsförderung ist die Etablierung von gesunden Lebenswelten – zu denen auch das Gesundheitswesen selbst gehört. Diese Lebenswelten sollen sich durch gleichberechtigte Teilhabe und aktive Mitwirkung ihrer Bewohner*innen beziehungsweise Klient*innen ausweisen.

Aus psychosozialer Sicht braucht es zudem ... den Abbau ganz spezifischer Barrieren. Dazu zählen etwa die langen Wartezeiten auf psychotherapeutische Behandlung, aber auch eine bessere Qualifizierung von Hausärzt*innen im Umgang mit Menschen mit psychiatrischem Unterstützungsbedarf. Immer wieder fühlen Betroffene sich in der Hausarzt-Praxis nicht ernstgenommen. Auch wenn Menschen mit Psychiatrieerfahrung körperliche Angebote in Kliniken oder bei Fachärzt*innen wahrnehmen, werden sie mitunter als „verrückt“ abgestempelt oder machen die Erfahrung, dass reale Schmerzen mit Behandlungsbedarf ärztlicherseits als eingebildete Symptome abgetan werden. Die Bedarfe von Trans-Menschen sollten zudem nicht in Frage gestellt werden, sondern auch ohne für krank erklärende Begutachtungsprozesse Kostenübernahmen ermöglicht werden.

Akteur*innen vor Ort

Antidiskriminierungsberatung Alter, Behinderung und Chronische Erkrankung



Die Anti-Diskriminierungs-Beratung Alter, Behinderung, Chronische Erkrankung (ADB) ist ein Projekt der Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V. Wir beraten und helfen Menschen, die aufgrund dieser Merkmale benachteiligt werden.

Seitdem das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) in Kraft getreten ist, erreichen die Beratungsstellen immer mehr Beschwerdefälle zum Merkmal chronische Erkrankung. Es wird deutlich, dass das Gesundheitswesen und die Bereiche Arbeit und Bildung noch mehr für die besonderen Bedarfe von Menschen mit chronischen Erkrankungen sensibilisiert werden sollten. Zum Beispiel hat sich im vergangenen Jahr eine junge Frau bei uns gemeldet, die nach Bekanntgabe ihrer Multiple Sklerose-Diagnose von ihrer Schule die Empfehlung bekommen hat, ihre Ausbildung zur Altenpflegerin abzubrechen, weil sie aufgrund ihrer Erkrankung nicht in der Lage sei, eine derartige Tätigkeit auszuüben. Die ADB konnte die Schulleitung zum Umdenken bewegen. Die Ratsuchende kann ihre Ausbildung erfolgreich abschließen.

Eine eindeutige und allgemeine Erklärung von chronischer (bleibender) Krankheit gibt es nicht. Die Abgrenzung zwischen chronische Erkrankungen und Behinderung ist auch nicht immer einfach. Chronische Erkrankungen sind nicht grundsätzlich mit Behinderungen gleichzusetzen. Aber wenn Wechselwirkungen mit gesellschaftlichen Barrieren zu weitreichenden Einschränkungen aller Lebensbereiche führen, sind sie als Behinderung zu werten.

Im LADG stehen die Merkmale Behinderung und chronische Erkrankung gleichberechtigt nebeneinander. Im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist chronische Krankheit nur dann geschützt, wenn sie als Behinderung anerkannt wird. Hier zeigt sich eine noch bestehende Rechtsschutz-Lücke. Für deren Schließung engagieren und sprechen wir uns eindeutig aus.

Bei Diskriminierungsmeldungen oder anderen Anfragen kontaktieren Sie uns unter: adb@lv-selbsthilfe-berlin.de oder telefonisch unter 030 27 59 25 27 oder über unsere Website www.diskriminierung-berlin.de. Informationen zur Anti-Diskriminierungs-Beratung Alter, Behinderung, Chronische Erkrankung in Leichter Sprache finden Sie in unserem [Erklär-Film](#).

Wir sind auf Ihrer Seite und beraten Sie unabhängig und kostenlos und unterstützen Sie bei der Durchsetzung Ihrer Rechte!

LADS-Schlaglichter

Jahresbericht Berliner Jury gegen diskriminierende und sexistische Werbung



Die Jury gegen diskriminierende und sexistische Werbung gibt es seit einem Jahr. Deswegen gibt es jetzt den ersten Tätigkeitsbericht, in dem steht, was die Jury macht. Die Jury besteht aus zehn Fachleuten der Antidiskriminierungsarbeit. Sie hat die Aufgabe, für das Thema zu sensibilisieren, damit es weniger diskriminierende Werbung in Berlin gibt. Sie bewertet, ob eine gemeldete Werbemaßnahmen diskriminierend ist und spricht verantwortliche Werbetreibende gegebenenfalls

direkt an. Da geht es zum Beispiel darum, wenn jemand Autoreifen verkauft und dafür mit Bildern von nackten Frauen wirbt. Die Bilder haben keine Verbindung zu dem Produkt, daher ist das sexistisch. Das wird den Werbetreibenden dann erklärt. In 2021 war das bei 15 Beschwerden der Fall. Die Mehrheit der Werbetreibenden hat auf die Kritik der Jury positiv reagiert. Teilweise wurden Werbekampagnen geändert oder angekündigt in der Zukunft auf diskriminierungsfreie Gestaltung zu achten. Das ist ein schöner Erfolg für die Arbeit der Jury.

Weil die Jury noch neu ist, kennen viele Menschen sie noch nicht. In 2022 muss die Jury noch bekannter werden. Mehr Informationen zur Arbeit der Berliner Jury gegen diskriminierende und sexistische Werbung finden Sie im [Tätigkeitsbericht](#).

Diskriminierende Werbung kann über ein Online-Formular an die Jury gemeldet werden: www.berlin.de/diskriminierende-werbung-melden. Briefkastenaufkleber (wie auf dem Foto) der Jury können hier bestellt werden: jury-diskriminierende-werbung@senjustva.berlin.de.

Berliner Preis für Lesbische* Sichtbarkeit 2022

Zum dritten Mal wurde der Berliner Preis für Lesbische* Sichtbarkeit verliehen. Am 26. April 2022 kürte die Senatorin für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung, Prof. Dr. Lena Kreck, im Roten Rathaus die Preisträgerin Saideh Saadat-Lendle.



Mit dem Preis werden Lesben* oder lesbische* Initiativen ausgezeichnet, die Berlin an vielen Stellen nachhaltig und positiv verändert haben, aber nach wie vor nicht oft genug gewürdigt werden. Denn Lesben* werden häufig nur ‚mitgemeint‘, unter anderem als Frauen und als Teil der LSBTI-Communities. Dies führt zu Ausschlüssen und Diskriminierungserfahrungen in Form von Lesbenfeindlichkeit.

Das Land Berlin hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, lesbische* Sichtbarkeit zu fördern. Der Preis ist jedoch nicht nur Würdigung für Engagement, sondern stellt selbst auch Sichtbarkeit her.

Zuvor hatte eine fünfköpfige, ehrenamtliche Jury eine Shortlist mit drei Kandidatinnen* aufgestellt und neben der Preisträgerin auch Anastasia Klevets und Katja Koblitz aufgrund ihres Engagements gewürdigt. Die Veranstaltung wurde musikalisch von The String Archesta begleitet. Bei dem anschließenden Empfang gab es viel Gelegenheit zum Austausch und zur Vernetzung.

Flaggenhissungen zu LS und zum IDAHOBIT

Zum Internationalen Tag der Lesbischen* Sichtbarkeit hisste am 26. April die Senatorin für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung, Prof. Dr. Lena Kreck die Flagge für Lesbische* Sichtbarkeit vor dem Dienstgebäude. Es war eine Premiere für die Beflaggung mit diesem Symbol. Verschiedene Versionen der Flagge der Lesben* sind umstritten. Die gehisste Flagge hat sieben Streifen in Rot- und Orangetönen sowie einen weißen Streifen. Sie kann als die inklusivste Flagge verstanden werden.

Zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter-, Transfeindlichkeit (IDAHOBIT) wurde am 17. Mai erstmalig die „Progressive Pride Flag“ vor dem Dienstgebäude gehisst. Der 17. Mai erinnert an den Tag, an dem Homosexualität aus dem Diagnoseschlüssel ICD-10 der Weltgesundheitsorganisation gestrichen wurde. Bisher wurde dieses Datum jedes Jahr mit Regenbogenbeflaggung gewürdigt. Die Progressive Pride Flag erweitert den Regenbogen um die Farben der Trans*Pride Flagge und der Inter* Flagge sowie die Farben Braun und Schwarz, um queere BIPoC-Communities sichtbar zu machen.



Preisverleihung #Respektgewinnt2022

Endlich war es wieder so weit: Am 12. Mai wurden die Preise des Wettbewerbs #Respektgewinnt verliehen. Bereits seit 2009 richtet der Berliner Ratschlag für Demokratie den Wettbewerb aus. Geehrt wurden nun die Preisträger*innen des Wettbewerbs 2021-2022. Ausgezeichnet werden Projekte, die sich für eine Kultur des Respekts, der Weltoffenheit und des Zusammenhalts stark machen und einsetzen. Fast 50 Projekte hatten sich auf den Preis beworben. 10 Projekte wurden von der Jury ausgewählt. Sie erhielten an diesem Tag in feierlicher Runde ihr Preisgelder samt Urkunde und Trophäe. Geehrt wurden alle Preisträger*innen von den Mitgliedern des Berliner Ratschlags für Demokratie. Der Berliner Ratschlag ist ein Gremium aus berühmten Berliner Menschen. Gemeinsam setzen sie sich für Respekt und gegen Diskriminierung in Berlin ein. Mit dem Wettbewerb zeichnen sie ehrenamtliches Engagement in Berlin aus. Die Preisverleihung fand auch dieses Mal in der Dachlounge des rbb statt.

Die zwei Hauptpreise gingen an das Projekt „**Kindernachrichten ,Neukölln News‘**“ und das Projekt „**Familien an einem Tisch‘**“.

In dem Projekt „Familien an einem Tisch“ unternehmen Familien, die schon länger in Berlin leben und Familien, die vor kurzem nach Berlin geflohen sind über mehrere Monate hinweg gemeinsam verschiedene Dinge: Zum Beispiel machen sie Ausflüge, kochen oder erkunden die Stadt. Informationen zum Projekt finden Sie [hier](#).



In ihrem Projekt „Kindernachrichten ,Neukölln News‘ - Wie funktioniert Demokratie?“ haben sich die Teilnehmenden ausführlich mit der Demokratie und dem freien und gerechten Zusammenleben beschäftigt. Hierfür haben die Kinder und Jugendlichen das Nachbarschaftshaus Neukölln in ein Nachrichtenstudio verwandelt. Mit ihrem Einsatz vor und hinter der Kamera ist eine Nachrichtensendung entstanden, die die Jury des Berliner Ratschlags stark beeindruckt hat. Das Video gibt es auf [Youtube](#) zu sehen.

Nach der Preisverleihung wurde gefeiert und der Ausblick von der Dachterrasse genossen. Herzlichen Glückwunsch an alle Preisträger*innen und Danke für das große Engagement.

Wenn Sie sich mit Ihrem Projekt bewerben oder mehr über die Projekte erfahren möchten, finden Sie Informationen unter: www.berlinerratschlagfuerdemokratie.de.

Veranstaltung mit dem Berlin Monitor Team und der Landeszentrale für politische Bildung. „Berlin: Immer noch ‚arm aber sexy‘?“

Der Berlin-Monitor ist ein Forschungsprojekt. Er untersucht die Erfahrungen die Berliner*innen im Zusammenleben in der Stadt mit Diskriminierung machen. Er untersucht auch, wie sie über Menschen, die anderen Gruppen angehören, denken. Dafür werden Berliner*innen im Abstand von zwei Jahren zu unterschiedlichen Themen befragt. Die Universität Leipzig und Hochschule Magdeburg Stendal führen den Berlin-Monitor im Auftrag der LADS durch. Der aktuelle Berlin-Monitor untersucht den Schwerpunkt „Klassismus“ („Klassismus“ ist die Diskriminierung und Unterdrückung von Menschen aufgrund ihres vermuteten oder wirklichen sozialen Status. Häufig betroffen sind Menschen, die wenig Geld haben.). Um die Ergebnisse der Befragung zum Thema Klassismus mit den Berliner*innen und einigen Expert*innen zu besprechen, hat die LADS gemeinsam mit dem Team des Berlin-Monitor und der Landeszentrale für politische Bildung eine Veranstaltung organisiert.

Die Wissenschaftler*innen haben die Ergebnisse der Untersuchung vorgestellt. Dabei zeigte sich, dass Klassismus in Berlin weit verbreitet ist. Vor allem Langzeitarbeitslose sind von Vorurteilen betroffen. Auch haben die Wissenschaftler*innen herausgefunden, dass Menschen, die klassistisch denken oft auch rassistische Stereotype gegenüber anderen Menschen haben. Zum Beispiel gegen Schwarze Menschen oder Sinti*innen und Rom*innen. Was gegen Klassismus in Berlin getan werden kann, wurde bei der Veranstaltung gemeinsam mit den Gästen und einer Runde von Expert*innen besprochen. Es wurde deutlich, dass Klassismus häufig gemeinsam mit anderen Diskriminierungsformen wie Rassismus oder Behindertenfeindlichkeit auftritt. Das macht es für Betroffene schwer, Diskriminierung wegen des sozialen Status zu erkennen. Es ist deshalb wichtig, weiter über Klassismus zu informieren. Das ist notwendig, damit sich die Menschen, die wegen ihres sozialen Status diskriminiert werden, Hilfe holen können. Für die LADS sind die Ergebnisse des Berlin-Monitors wichtig um weiter gegen Diskriminierung aufgrund des Sozialen Status und Klassismus zu kämpfen. Die Veranstaltung wurde gefilmt und kann hier angeschaut werden: [Teil 1](#), [Teil 2](#).

Diversity-Tag 2022

Am 31. Mai beteiligte sich die Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung am 10. Deutschen Diversity-Tag. Der Diversity-Tag wurde von der Charta der Vielfalt ins Leben gerufen und an diesem Tag finden in vielen Verwaltungen, Unternehmen und Verbänden Aktionen rund um das Thema Diversity statt.

Auch im Nordsternhaus stand der Tag ganz unter dem Motto „Förderung einer Kultur der Vielfalt“. Nach der Begrüßung durch Staatssekretärin für Vielfalt und Antidiskriminierung Saraya Gomis nahmen die Beschäftigten der SenJustVA an vielfältigen Aktionen im Haus teil. Es bestand die Möglichkeit, in Form eines Info-Parcours die verschiedenen Berufe in der Berliner Justiz kennenzulernen. Interessierte konnten sich über das von der LADS entwickelte Spiel „Unsere Behörde wird diverser“ mit dem Thema Diversity beschäftigen. An einer soziometrischen Land- und Weltkarte und einem Speed-Interview wurden Fragen rund um das Thema beantwortet. Ferner wurden zwei Vorträge angeboten. Ein Vortrag beschäftigte sich mit dem Thema

Audismus und informierte über die Diskriminierung Tauber Menschen und die Privilegien Hörender. In einem anderen interaktiven Vortrag wurde über den Umgang mit Trans- und InterPersonen im Justizvollzug berichtet.

Der Diversity-Tag im Nordsternhaus war ein voller Erfolg. Er hat viele Menschen miteinander ins kreative Gespräch gebracht und zahlreiche Ideen für Diversity-Maßnahmen angestoßen.

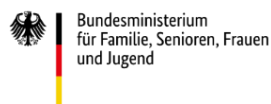
LADS Merkzettel

Vernetzungstreffen zum Thema „Intersektionalität - Mehrdimensionalität - Interdependenz: Verschränkungen in der Präventionsarbeit“ des Landesdemokratiezentrum Berlin für Vielfalt und Respekt

Am 16. Juni ist das 14. Vernetzungstreffen des Landesdemokratiezentrums Berlin (LDZ). Es findet in der Urania Berlin statt. In Berlin gibt es viele Präventions-Projekte, die Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus vorbeugen. Diese Projekte können sich dort kennenlernen und über ihre Arbeit austauschen. In der Veranstaltung geht es um das Konzept „Intersektionalität“. Intersektionalität beschreibt das Überschneiden und Zusammenwirken von verschiedenen Diskriminierungsformen. Menschen haben verschiedene Eigenschaften und Identitäten in sich. Intersektionalität bedeutet, dass Menschen oft wegen mehreren Eigenschaften/Identitäten benachteiligt werden.

Viele Projekte arbeiten schon mit diesem Konzept. Wir wollen besprechen, wer den Begriff erfunden hat. Und wir wollen klären, was der Begriff bedeuten kann. Außerdem können alle zusammen überlegen, wie sich das Konzept in der Projekt-Arbeit besser umsetzen lässt. Weitere Infos stehen auf der [Website des LDZ](#).

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Bildnachweise:

S. 2: Beschwerde- und Informationsstelle Psychiatrie in Berlin (BIP) | S. 3: Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V. | S. 4: SenJustVA, LADS | S. 5 oben: SenJustVA, LADS | S. 5 unten: Ronald Rogge, LADS | S. 6 oben: Universität Leipzig; S. 6 unten: BMFSFJ | S. 7: Gesicht zeigen e.V.

Verantwortlich für diesen Infobrief ist die Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung, Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung (LADS)
Salzburger Str. 21-25, 10825 Berlin, Tel. 90 13 3460, www.berlin.de/lads